Das „Hamburger Echo" erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: wöchentl. 5.60 ℳ, monatl. 24.— ℳ, vorauszahlbar frei ins Haus.
Für Abholer 21.— ℳ
Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Bugdahn, Altona.
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Buchhandlung: Erdgeschoß.
Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, 1. Stock.

Einzelnummer morgens 40 ℳ, abends sowie Sonn- und Festtags 60 ℳ.

Hamburger Echo

Anzeigen die elfgespaltene Petitzeile 5.60 ℳ.
Arbeitsmarkt u. Familienanzeigen 3.50 ℳ
Kleine Anzeigen bis 9 Zeilen die Zeile 3.25 ℳ.
Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 3 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus.
Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Nr. 93. Freitag, den 24. Februar 1922 — Morgen-Ausgabe. 36. Jahrgang.

Die Sozialistenkonferenz von Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 23. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Im Gewerkschaftshause zu Frankfurt a. M. traten heute die Delegierten der 2. Internationale zu einer Vorbesprechung zusammen. Es waren Deutschland, Holland, Belgien, England und Dänemark vertreten. Von Belgien waren Vandervelde, Huysmans, De Man, von England Tom Shaw, Jowett (Präsident der englischen Arbeiterpartei) und Gillies, von Holland Vliegen und von Dänemark Andersen vertreten. Der Vorsitzende des Exekutiv-Komitees der 2. Internationale, der britische Genosse Henderson, blieb infolge der kritischen Lage in England verhindert, an der Konferenz teilzunehmen. MacDonald ist entschuldigt. Die Besprechung tagte unter dem Vorsitz Vandervelds. Genosse de Man und Genosse Schiff („Vorwärts"-Redaktion) waren als Uebersetzer tätig. Die Verhandlung verlief sehr kameradschaftlich und führte zu einer einmütigen Auffassung über die Taktik gegenüber der Internationale 2½ und der 3. Internationale. Einstimmig waren die Delegierten der Meinung, daß man der Einladung der Internationale 2½ zu einer gemeinsamen Besprechung am Freitag morgen folgen werde. Gegenüber der 3. Internatioanle waren alle Redner einmütig von einer starken Zurückhaltung und einem gewissen Mißtrauen. Erst im Laufe des morgigen Tages wird sich in der Verhandlung mit der International 2½ zeigen, welche Möglichkeiten für den Verlauf der internationalen Konferenz gegeben sind.

In der Nachmittagssitzung wurde u. a. das Gesuch der Danziger Parteiorganisation auf Anschluß an die Internationale 2 zustimmend entgegengenommen.

In der Sitzung des Exekutivkomitees der 2. Internationale wurde zu der Unterdrückung Georgiens folgende Entschließung angenommen:

„Da Exekutivkomitee der 2. Internationale hgt sich in seiner Sitzung vom 23. Februar erneut mit der Lage des georgischen Volkes beschäftigt. Auf dem Wege der Grundsätze der Demokratie und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, die für die 2. Internationale mgßgebend sind, stellt das Exekutivkomitee fest, daß es keine andere rechtmäßige Regierung Georgiens gibt, als die aus allgemeiner Wahl hervorgegangen war. Die von der Sowjetregierung vorgeschobenen Vertreter können daher auch im internationalen Verkehr wie insbesondere auf der Konferenz von Genua nicht als Vertreter des georgischen Volkes mitreden."

Eingehend wurde dann über die Frage diskutiert, wie der internationalen Arbeiterbewegung auf der Konferenz von Genua zunächst größerer Einfluß gesichert werden könne. Das Exekutivkomitee einigte sich auf folgende Entschließung:

„Das Exekutivkomitee der 2. Internationale stellt fest, daß die Frage des Wiederaufbaus der Weltwirtschaft, die den wichtigsten Gegenstand der Konferenz von Genua bilden soll, in erster Linie eine Frage der Arbeiterklasse ist, die in allen Ländern unter der Anarchie der ökonomischen Verhältnisse am schwersten leidet. Es fordert daher die Arbeiterorganisationen auf, alle notwendigen Anstrengungen zu unternehmen, um sich auf der Konferenz von Genua einen der Größe ihrer Interessen entsprechenden Einfluß zu sichern."

Das Programm der internationalen Besprechungen in Frankfurt a. M. lautet wie folgt:

Am Freitag vormittag um 11 Uhr wird eine gemeinsame Sitzung des Exekutivkomitees der Internationale 2½ und der 2. Internationale im Rathaus zu Frankfurt a. M. stattfinden. Diese Sitzung wird vermutlich von Friedrich Adler und Tom Shaw geleitet werden. Am Sonnabend soll dann die Fünfländerkonferenz beginnen, an der die Sozialisten beider Richtungen von Deutschland, die französischen, die englischen und die italienischen teilnehmen werden. Man nimmt an, daß auch Gäste anderer Länder der beiden Internationalen zugelassen sein werden.

Die französische Angst vor Genua.

Die „Times" schreibt zu der bevorstehenden Zusammenkunft Lloyd Georges mit Poincaré: An erster Stelle unter den politischen Fragen stehe die Haltung der Alliierten gegenüber den Bolschewisten und Deutschland. England und Frankreich müßten zu einem klaren und festen Uebereinkommen gelangen, das die Zulassung der Bolschewisten, aber unter keinen Umständen eine Anerkennung der Sowjetregierung bedeute. Die Vorsichtsmaßregeln auf der Konferenz von Genua gegenüber Deutschland seien nicht weniger notwendig als gegenüber Rußland. Deutschland habe sich verschworen, den Friedensvertrag von Versailles zu durchlöchern. Die gesamte Wirtschaftslage Deutschlands müsse erwogen werden, bevor die Alliierten mit Deutschland auf der Konferenz zusammentreten. Die Alliierten wüßten, daß Deutschland vorsätzlich die Politik des Staatsbankerotts verfolge. Deutschland könne aber gezwungen werden, der Ausgabe des Papiergeldes Einhalt zu tun und den Markkurs wieder zu heben. Die Deutschen und Russen versuchten, England und Frankreich auseinander zu bringen. Das einzige Mittel, um den Bolschewisten und Deutschen das Handwerk zu legen (!) sei ein englisch-französisches Uebereinkommen, um das sich andere Nationen scharen. Die erste Bedingung eines solchen Uebereinkommens sei die volle Uebereinstimmung in der Politik, die gegenüber den russischen Bolschewisten und Deutschland befolgt werden sollte, sowie die Aufrechterhaltung des Versailler Vertrages, an dem irgendwelche Abänderungen nur vorgenommen werden könnten durch die Organe, die den Vertrag selbst geschaffen, nämlich durch die Reparationskommission und den Völkerbund.

Preußischer Staatsrat.

Bei Beginn der Plenarsitzung des preußischen Staatsrates am Donnerstag verlas der Vorsitzende ein von den beiden Kommunisten Schlösser und Herbst unterzeichnetes Schreiben, daß sie aus der kommunistischen Fraktion des Staatsrates ausgeschieden seien. Die Verlesung wurde vor allem deshalb mit großer Heiterkeit aufgenommen, weil nunmehr nur noch ein einziger „echter" Kommunist im Staatsrat vorhanden ist, ein Zigarrenmacher aus Darmstadt. Da nach der Geschäftsordnung zur Bildung einer Fraktion mindestens 3 Mitglieder notwendig sind, werden die Kommunisten in Zukunft im Aeltestenrat und in den Ausschüssen nicht mehr vertreten sein. Die Heiterkeit erregte ihren Höhepunkt, als der deutschnationale Dr. Steiniger mit freundlich einladender Geberde zu den ausgeschiedenen Kommunisten hinüberging und sie ermunterte, auf den Bänken der Rechten Platz zu nehmen.

Eine politische Debatte gab es noch bei der Beratung der Wirtschaftsbehilfen, wo die Rechte abermals einen Vorstoß gegen die Reichsregierung und den Reichskanzler versuchte. Genosse Meerfeld wies diesen Vorstoß namens der Sozialdemokratie scharf zurück und kennzeichnete das System, das in solchem Vorstoß klar erkennbar sei. Es handelt sich um eine Politik, wie sie im Reichstag von den Rechtsparteien gegen die Regierung Wirth getrieben wird. Der Vorstoß wurde denn auch abgeschlagen.

Die portugiesische Krise ist laut Havas ohne Blutvergießen beendet, und zwar anscheinend mit dem Ergebnis, daß die „republikanische Garde" gestürzt wurde. Die Garde war seit der Ermordung des Präsidenten Sidonio Paes 1919 die herrschende Kraft in der inneren Politik des Landes.

Deutscher Reichstag.

176. Sitzung.

Donnerstag, 23. Februar, nachmittags 2 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhebt der Abgeordnete Bartz (Komm.) Einspruch gegen die Auslieferung der beiden Spanier Konzepzion und Fort, die des Mordes an dem ehemaligen spanischen Ministerpräsidenten Dato beschuldigt sind. Die preußische Regierung habe Schergendienste geleistet. Der Reichstag müsse sofort Stellung nehmen.

Justizminister Dr. **Radbruch** erklärt, er sei bereit, im Rahmen der Aussprache über den auf der Tagesordnung stehenden Justizetat auf die Auslieferungsfrage einzugehen.

Der Gesetzentwurf zur Vereinfachung des Aufgebotverfahrens und ebenso der Gesetzentwurf zur Erhöhung der Gebühren für Zeugen und Sachverständige werden unverändert angenommen. Ferner wird angenommen des Schutzgebietgesetz für die Posener Landschaft.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Lesung des Reichshaushaltsplanes.

Reichsjustizministerium.

Hoffmann-Kaiserslautern (SD.): Am besten ist jene Justiz, von der am wenigsten geredet wird. Ueber unsere Justiz wird viel geredet. Die Strafjustiz erscheint dem Volke als Beschützerin des Unrechtes. Das Uebel steckt tief, es zeigt sich im ganzen Verfahren von der Eröffnung bis zur Urteilsverkündung, es zeigt sich in der Psyche des Richterstandes, es steckt in der Klassengliederung des Volkes. Die Justiz dient der herrschenden Klasse. Nur selten stammt ein Richter aus dem Arbeiterstande. Die Klassenjustiz ist im Klassenstaat ein notwendiges Gewächs. Freilich gibt es auch da und dort einen vorurteilsfreien Richter, und wir wissen auch, daß die Richter nicht absichtlich und bewußt das Recht beugen, aber der Richter kann sich dem Einfluß seines Lebenskreises nicht entziehen, daher die Justiz mit Ansehen der Person. Ich erinnere an den Richter, der dem Hohenzollernprinzen sofort nach seiner Vernehmung den Gerichtssaal verlassen ließ. Sie sagen: das sind Kleinigkeiten. Gewiß, aber Kleinigkeiten von großer psychologischer Bedeutung. Das Volk hat ein feines Gefühl und viel Verständnis für solche Kleinigkeiten. Ich erinnere an den Fall Kaehne. Hätte nicht der Junker den Arbeiter erschossen, sondern der Arbeiter den Junker, dann wäre der Arbeiter längst verhaftet worden. (Zustimmung.) Wenn bei uns eine Verhöhnung der Symbole der Republik gar nicht und eine Verhöhnung der Symbole des alten Regimes scharf bestraft wird, dann sehen wir, daß die Richter die politische Gesinnung verschieden werten. Jagow wurde gegen Kaution vom Reichsgericht freigelassen, der Kommunist Ebel dagegen nicht, obwohl Ebel unschuldig war. Darum nennen wir Sozialdemokraten die Justiz Klassenjustiz. Man muß sich wundern, daß Sie (nach rechts) sich nicht fragen, warum die Milde der Richter sich immer nur nach rechts hin offenbart. Wie lächerlich gering war die Strafe, die der Schiele-Prozeß brachte! Die Teilnehmer an kommunistischen Putschen werden von der Polizei noch nach Jahren aufgestöbert, dieselbe Polizei findet aber nicht die Mörder von Gareis und Erzberger. Sie wird auch den Kappisten Jagow nicht finden, wenn er nächstens entflieht. (Sehr richtig! links.) Wir verstehen, wenn es unter den Richtern Monarchisten gibt. Diese Gesinnung entwertet nicht ihren Charakter. Wir wissen, daß es nicht immer die besten Elemente sind, die rasch und leicht ihre politische Ueberzeugung wechseln. Aber der Richter, der das Urteil „im Namen des Pöbels" verkündet, dürfte keine Stunde länger im Amt bleiben, und wenn Richter bei der Leistung des Eides ohne „Gott" sitzen bleiben, dann haben wir es mit einer absichtlichen Verhöhnung zu tun. Die Republik darf sich nicht solche Beschimpfungen durch ihre eigenen Beamten gefallen lassen. Der Richterverein fordert auf, die im republikanischen Richterbund organisierten Richter als befangen abzulehnen. Die Richter, die bei den Rechtsparteien organisiert sind, dürfen natürlich nicht als befangen abgelehnt werden. Es ist Zeit, daß die große Justizreform kommt. Sie darf nicht länger verzögert werden. Es muß der Ehrgeiz eines Reichsjustizministers sein, hier etwas Großes zu leisten. Wir wissen, daß es der neue Reichsjustizminister Dr. Radbruch in seinem Amt nicht leicht haben wird. Er hat ja Beziehungen zu den Männern der Republik, sogar zu Toller und Mühsam. Ist das nicht schlimm? Beziehungen zu Revolutionären? Dr. Radbruch wird dadurch für meine Partei nicht weniger wertvoll. (Zuruf links: Im Gegenteil!) Konjugieren wir doch einmal den Reichstag durch. Die Kommunisten sind revolutionär. Die Unabhängigen und Sozialdemokraten waren es, und die Herren der Rechtsparteien werden es sein. (Heiterkeit.) Selbst die Ahnen der bayerischen Volkspartei haben einmal vor 70 Jahren gegen die Lola Montez revoltiert. (Heiterkeit.) Toller und Mühsam haben in der Revolution ihr Leben riskiert, und solche Revolutionäre verdienen auch die Achtung des Gegners. (Sehr gut! links.) Auch die Kappisten hätten bei den Arbeitern sich einer größeren Achtung erfreut, wenn sie mehr persönlichen Mut offenbart hätten. Von diesem hohen Gesichtspunkt aus betrachten wir die

Frage der Amnestie.

Wir erkennen die Weitherzigkeit des Reichsjustizministers an; aber die individuelle Begnadigung reicht nicht aus. Die Frage der Amnestie der politischen Gefangenen auch der in Bayern, muß ein Stück vorwärtskommen. Gerade die Haltung des Reichsgerichtes gegenüber den Kappisten war von großem Einfluß auf die Haltung der Sozialdemokratie in der Amnestiefrage. Die kleine Justizreform, das heißt die stärkere Heranziehung der Arbeiter zur Tätigkeit der Schöffen und Geschworenen und dergleichen, kann die Klassenjustiz nicht beseitigen, sondern nur mildern. Wichtig ist, daß auch die Volksgerichte in Bayern endlich verschwinden. Von Bayern kommt auch der stärkste Widerstand gegen die Beteiligung der Frau an der Rechtspflege. In Bayern ist man der Auffassung, daß es eine Schande sei für einen Mann, von einer Frau abgeurteilt zu werden. Das hat auch das bayerische Justizministerium behauptet und hat dabei von einer Inferiorität des Verstandes der Frau gesprochen. (Hört, hört! links.) Notwendig ist die Reform der Ehescheidung. Die Erleichterung der Ehescheidung darf nicht mit dem Hinweis auf die Heiligkeit der Ehe unmöglich gemacht werden. Die Theologen sagen, die Ehe ist eine göttliche Institution. Der Kulturhistoriker sieht die Sache aber etwas anders an. Die Heiligkeit der Ehe ist ein Produkt der geschichtlichen Entwicklung. Nichts ist unsittlicher als eine zerrüttete Ehe. Wo der Zerfall der Ehe eingetreten ist, ist die Scheidung schon im Interesse der Kinder und der Moral notwendig.

Was die Auslieferung der angeblichen Mörder des spanischen Ministerpräsidenten Dato betrifft, so muß ich betonen, daß diese Auslieferung nicht unserm Wunsch entspricht. Wir erwarten, vom Reichsjustizminister die Gründe für diese Auslieferung zu hören. Wir Sozialdemokraten betrachten das Richteramt als ein schweres und hohes Amt. Wer über Leben und Schicksal von Personen und Familien entscheidet, muß sich seiner Verantwortung voll bewußt sein. Wir wollen einen freien und unabhängigen Richterstand. Richterstand und Oeffentlichkeit müssen zusammenarbeiten. (Beifall bei den SD.)

Warmuth (DNP.): Dem republikanischen Richterstand ist von vornherein das politische Bekenntnis aufgeprägt. Im Falle des Herrn v. Kaehne erscheint eine Verurteilung recht zweifelhaft, da Herr v. Kaehne von dem Arbeiter mit der Axt angegriffen wurde und also in Notwehr gehandelt hat.

Dr. **Kahl** (DVP.): Der generelle Vorwurf der Klassenjustiz ist unberechtigt. Die Ueberschrift „Im Namen des Pöbels" stammt von einem unteren Beamten. Auf die Ergreifung des Leutnants Dithmar sind 50 000 ℳ ausgesetzt. Der republikanische Richterbund spaltet das Richtertum. Wäre ich aber Richter, so würde ich ihm wahrscheinlich beitreten (Unruhe links.); denn jeder Richter muß auf dem Boden der Verfassung stehen. Gegen ein baldiges Amnestiegesetz erheben wir entschieden Einspruch.

Dr. **Rosenfeld** (USP.): Bei der Ehescheidung muß zum Verschuldungsprinzip das Zerrüttungsprinzip hinzutreten. Die unehelichen Kinder sollten endlich den ehelichen gleichgestellt werden. Besonders erfreulich ist, daß der Reichsjustizminister im Ausschuß so warm für den republikanischen Richterbund eingetreten ist. Die Frauen müssen Zutritt zum Geschworenenamt haben. Der Einwurf des Abgeordneten Kahl, daß die Frauen nicht fachwissenschaftlich vorgebildet seien, ist nicht triftig. Sind denn die männlichen Geschworenen, die doch über wissenschaftliche Fragen mit Leichtigkeit urteilen, immer wissenschaftlich vorgebildet? Die Auslieferung der spanischen Syndikalisten seitens der deutschen Regierung ist eine Schande für das deutsche Volk. Die bayerischen Ausnahmegerichte müssen aufgehoben werden. Wie ich höre, ist das Zentrum nicht abgeneigt. Die Entscheidung liegt also bei den Demokraten. Der Reichsjustizminister hat erklärt, daß für eine augenblickliche Amnestie nur die seit dem 4. August 1920 in den Gefängnissen politischen Gefangenen in Betracht kommen. Die weiteren Gefangenen sind also ausgeschlossen. Einer solchen Amnestie werden wir nie unsere Zustimmung geben.

Reichsjustizminister Dr. **Radbruch**: Zu den aufgeworfenen Fragen nehme ich morgen Stellung. Unaufschiebbar ist ein Wort zur Frage der Auslieferung der angeblichen Mörder Datos. Das Asylrecht muß einer demokratischen Republik besonders heilig sein. (Zuruf links: Müßtel) Das Deutsche Reich muß sich aber auch verpflichtet fühlen zur Beobachtung seiner vertraglichen Verpflichtungen, besonders in dem Augenblick, wo es im Begriff steht, aus einer ähnlichen Rechtslage gleiche Konsequenzen zu ziehen, nämlich in der Frage der Erzbergermörder. Es handelt sich hier lediglich um eine Frage des Rechts, des internationalen Vertrauens. Der Artikel 6 des deutsch-spanischen Vertrages von 1878 lautet: „Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages finden auf solche Personen, die sich irgendeines politischen Verbrechens oder Vergehens schuldig gemacht haben, keine Anwendung. Die Person, die wegen eines der im Artikel 1 oder 2 angeführten gemeinen Verbrechens ausgeliefert worden ist, darf demgemäß in denjenigen Staaten an die die Auslieferung erfolgt ist, in keinem Fall wegen eines vor der Auslieferung begangenen politischen Verbrechens oder Vergehens oder wegen einer Handlung, die mit einem solchen Verbrechen im Zusammenhang steht, zur Untersuchung gezogen oder bestraft werden." Es handelt sich hier nicht um eine Tat, die sich als unmittelbare oder mittelbare Vorbereitungshandlung eines ausgearbeiteten Hochverrats darstellt, sondern um eine Tat, die zwar aus politischen Motiven, aus den Motiven politischer Rache begangen wurde, aber nicht zu politischen Zwecken. (Lachen links.) Das Ergebnis, zu dem die Regierung gelangen mußte, ist nicht nur aus menschlichen, sondern auch aus juristischen Gründen höchst unerfreulich. Hätten die angeblichen Mörder Datos es schlimmer getrieben, so wäre es ihnen besser ergangen. Stellte ihre Tat sich dar als eine Teilerscheinung eines Hochverratsunternehmens, so wäre die Auslieferung unmöglich gewesen. So aber mußte die Auslieferung erfolgen. Gerade dieser Fall dürfte zum Anlaß werden, unser Auslieferungsrecht zu revidieren. Ein Auslieferungsgesetz ist bereits in Vorbereitung. Es ist dem spanischen Botschafter feierlichst der Wunsch der Reichsregierung übermittelt worden, daß ein etwaiges, gegen die beiden Spanier gefälltes Todesurteil nicht zur Ausführung gebracht wird. Das ist nicht nur der Wunsch der Reichsregierung, sondern auch der Wunsch weitester Kreise des Volkes, die zwar einen Mord verurteilen, ganz gleich, aus welchen Gründen er begangen ist, die aber den politischen Mörder nicht auf die gleiche Stufe stellen wie die Raubmörder.

Die Beratung des Justizetats wird abgebrochen. — Angenommen wird noch das Gesetz über den Kassenbestand der Reichsbank.

Das Haus vertagt sich auf Freitag, 12 Uhr: Anfragen. Kleine Vorlagen. Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Justizministerium. — Schluß 6½ Uhr.

Preußischer Landtag.

Telephonischer Bericht.)

105. Sitzung.

Donnerstag, 23. Februar, mittags 12 Uhr.

Katz (K.) beantragt zur Geschäftsordnung, an erster Stelle einen Antrag seiner Fraktion zu behandeln, worin die Auslieferung der angeblichen Mörder Datos als schimpfliche Verletzung des internationalen Gastrechts bezeichnet und von der Regierung verlangt wird, auf sofortige Freilassung hinzuwirken. Die kurze Antwort der Regierung auf unsere kleine Anfrage hierüber ist wider besseres Wissen erfolgt. (Ordnungsruf. — Abg. Scholem (K.) ruft: Der Minister hat also das Recht, zu lügen. — Präsident Leinert: Herr Abgeordneter Scholem, Sie fördern die Arbeit besser, wenn Sie schweigen. Heiterkeit.) Da die Rechte widerspricht, kann über den nur handschriftlich vorliegenden Antrag nicht verhandelt werden.

Hierauf wird die Besprechung über den Kultusetat beim Abschnitt Kunst fortgesetzt.

Buchhorn (DVP.): Der Reigen- und der Celly de Rheidt-Prozeß sind Zeichen der Zeit. Der welsche Sayuno muß von unseren Bühnen verschwinden.

Frau **Kuhnert** (USP.): Warum wird mit dem künstlerischen Greuel der Siegesallee nicht aufgeräumt?

Hoff (DDP.): Deutschland kann nur hochkommen, wenn es Qualitätsarbeit liefert.

Kultusminister Dr. **Boelitz**: Das Ministerium ist sich der Verantwortung bewußt, die ihm aus der Pflege der Kunst erwächst.

Frau **Oesterreicher** (SD.): Die neue Organisation der Museen muß schnell erfolgen. Die Denkmäler barbarischer Unkultur, die unsere höchsten Kreise auszeichneten, müssen aus dem Schloßministerium zu Berlin entfernt werden. Unsere Schüler müssen mehr in die Museen geführt werden. Den kunsthungrigen Massen muß Tür und Tor geöffnet werden.

Waldeck (USP.): Die Not der jungen Schriftsteller ist groß. Die ausgeschriebenen Preise entsprechen nicht dem gesunkenen Geldwert.

Die allgemeine Aussprache schließt.

In der Einzelberatung wünscht der Abgeordnete **Hänisch** (SD.) Ausbau der Kunstakademie in Düsseldorf und Erhaltung des Düsseldorfer Schauspielhauses durch Staatszuschuß.

Wäntig (SD.) begründet einen Antrag, die für den Ankauf von Kunstwerken für die Nationalgalerie ausgeworfene Summe von 500 000 ℳ und die für Beihilfen-Unterstützung für künstlerischen Zweck, sowie für Künstler und Literaten ausgesetzten 500 000 ℳ auf 2 Millionen Mark zu erhöhen.

Scholich (SD.) tritt für die Breslauer Kunstakademie ein, deren Erhaltung im Grenzgebiet ebenso wichtig sei, wie die Breslauer Oper und das Stadttheater.

Damit schließt die Aussprache über den Abschnitt „Kunst".

Das Gesetz, betreffend die Verstaatlichung der Polizei in Rheinland-Westfalen, wird in zweiter und ritter Lesung angenommen, nachdem die Abgeordneten **Otter** (USP. und **Sabotka** (K.) ihren Widerspruch gegen die Verstaatlichung wiederholt haben, durch den ein militärischer Apparat und eine Gefahr für die Republik geschaffen werde. Als der kommunistische Redner auf die Auslieferung der Mörder Datos an die spanische Regierung zurückkommen will, wird er vom Vizepräsidenten Dr. Garnich daran verhindert. Als er weiter den Abg. Langer (DVP.) einen Lügner nennt, erhält er einen Ordnungsruf.

Hierauf wird die Besprechung des Kultusetats beim Abschnitt „Höhere Lehranstalten" usw. fortgesetzt.

Frau **Jensen** (SD.): Der weibliche Einfluß in den höheren Lehranstalten muß verstärkt werden. Wir sind für die gemeinsame Erziehung beider Geschlechter. Dabei müßten Männer und Frauen gleichberechtigt die Erziehung in der Hand haben. Die Errichtung der Aufbau- und Oberschulen hätte diese gemeinsame Erziehung bringen müssen. Das Kultusministerium ist aber sehr darum bemüht, den alten Charakter der Schulen zu erhalten. Wir würden es begrüßen, wenn die Aufbauschule die höheren Lehranstalten verdrängen würde. Die Aufbauschulen dürfen nicht einseitig eingerichtet werden. Sie dürfen auch nicht zu Lehrerseminaren werden. Der Unterricht in der Staatsbürgerkunde muß ausgebaut werden. Der Zwang zu zwei Fremdsprachen ist verfehlt. An den Volksschulen sollte eine Fremdsprache, besonders englisch, als Pflichtfach eingeführt werden. Der Schüler muß seine Fächer selbst wählen können. Es genügt durchaus, wenn nur die Hälfte der Fächer Pflichtfächer sind. Die höheren Schulen müssen ihren Charakter als Standesschulen verlieren. (Beifall bei den SD.)

Frau **Wronka** (Z.) und Frau **v. Tilling** (DNP.) lehnen die gemeinsame Erziehung beider Geschlechter ab.

Frau Dr. **Kemper** (DVP.): Der Unterricht kann sich nicht lediglich auf die Neigungen der Schüler aufbauen. Ein Staatsmonopol für Geschichtsbücher lehnen wir ab.

Scholem (Komm.): Die höheren Lehranstalten sind die reinen Klassenschulen. Wir begrüßen die wirklich fortschrittliche Schulreform Thüringens. Wir verlangen auch für das Schulwesen logische Zustände.

Darauf wird die Aussprache abgebrochen. — Das Haus vertagt sich auf Freitag, 12 Uhr: Weiterberatung. — Schluß nach 5 Uhr.

Das Reichswirtschaftsministerium hat 22 Mitglieder einer aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern zusammengesetzten Kommission zur Erforschung der Wirtschafts- und Handelslage Rußlands ernannt. Am Sonnabend wird Dr. August Müller, dem die Zusammenfassung der Berichte sämtlicher Sachverständigen übertragen ist, abreisen. Die Wirtschaftssachverständigen sollen etwa 6 Wochen in Rußland bleiben.

Die Auslieferung der Datomörder.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der AfA.-Bund veröffentlichen einen Protest gegen die Auslieferung der des Mordes an Dato beschuldigten Spanier. Die Unterzeichner der Erklärung erblicken in dem Auslieferungsbeschluß eine Handlung, die ihre Auffassung von Recht und Gerechtigkeit und internationaler Gegenseitigkeit ins Gesicht schlage und die berechtigte Entrüstung bei den freiheitlich gesinnten Deutschrepublikanern hervorrufen müsse.

Ueber die Erwägungen, die die Reichsregierung zu der Auslieferung der beiden Mörder veranlaßten, erfahren die Blätter, daß zwar der Deutsch-Spanische Auslieferungsvertrag von 1878 die Auslieferung bei politischen Verbrechern ausschließt, daß es sich aber im vorliegenden Fall, wie die eingehenden Verhandlungen festgestellt haben, um ein Verbrechen handelt, daß zu einer Kette von syndikalistischen Terrorakten gehört. Bei dem Morde war nicht der Umsturz der Staatsverfassung das Ziel, sondern es war ein Racheakt. Die Regierung kam infolgedessen zur Entscheidung, daß die Auslieferungspflicht im vorliegenden Falle nicht bestritten werden könne.

Die Krise im Beamtenbund.

Am 20. Februar fand eine Sitzung des großen Vorstandes des Deutschen Beamtenbundes statt, die sich mit der grundsätzlichen Aussprache über die letzten Ereignisse befaßte. Die Sitzung dauerte bis vor Mitternacht. Menne, der Vorsitzende der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter, verlangte unter starker Betonung des aktiven Machtgedankens für die zukünftige Beamtenpolitik freie Bahn für die Uebernahme der Geschäfte durch die streikfreundliche Richtung. Der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Lehrer Flüger, stellte demgegenüber unter Betonung der geschehenen Mißbilligung des Streiks der Reichsgewerkschaft über seine Führung die Vertrauensfrage, die mit Mehrheit bejaht wurde. Ein in 6 Wochen anzuberaumender Bundestag soll in Verfolg des Geschehenen endgültig beschließen.

Parteinachrichten.

Die unabkömmlichen Reichstagsabgeordneten.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst" schreibt:

Es ist erklärlich, daß im Anschluß an die jüngsten wichtigen politischen Vorgänge in allen Wahlkreisen der Wunsch besteht, Mitglieder der Reichstagsfraktion über diese Ereignisse zu hören. Soweit dies irgendwie in ihren Kräften steht, werden die Abgeordneten diesem Verlangen entsprechen. Oft aber werden die Reichstagsabgeordneten Bitten um Versammlungen in den nächsten Wochen ablehnen müssen. Die parlamentarische Lage mit wichtigen Abstimmungen in den Ausschüssen und im Plenum erfordert die Anwesenheit aller sozialdemokratischen Abgeordneten. Der Reichstag wird bis zum 7. April mit nur kurzen Unterbrechungen tagen, und auch in den Pausen tagen noch Ausschüsse. Wir bitten die Genossen im Lande, auf diese Verhältnisse Rücksicht zu nehmen. Während der Osterpause, die voraussichtlich vom 7. April bis zum 25. April dauern wird, sind sicher alle Abgeordneten zu einer Reihe von Versammlungen bereit.

Arbeiter- und Angestelltenbewegung.

Zur Lohnbewegung der Feinmechaniker.

In einer stark besuchten Versammlung der Feinmechaniker am 21. Februar erstattete der Kollege Liegmann einen ausführlichen Bericht über das Ergebnis der letzten Lohnverhandlungen. In der Diskussion wurde von allen Rednern in scharfer Debatte zum Ausdruck gebracht, daß in dem von den Arbeitgebern gemachten Angebot in keiner Weise ein Ausgleich für die vorhandene Teuerung zu erblicken ist. Die Verhandlungskommission wurde beauftragt, erneut mit den Arbeitgebern in Verhandlungen einzutreten, um eine den augenblicklichen Zeitverhältnissen entsprechende Entlohnung herbeizuführen. Bei der geheimen Abstimmung wurde das Angebot der Arbeitgeber mit großer Majorität abgelehnt. Nachdem der Kollege Petersen noch einige Ausführungen über das Genossenschaftswesen machte, erfolgte Schluß der Versammlung.

Lohnverhandlungen in der Schokoladen-, Zuckerwaren-, Back- und Teigwarenindustrie.

Am 22. Februar tagte im Gewerkschaftshause eine stark besuchte Versammlung obiger Branchenangehöriger. Die Verbandsleitung erstattete Bericht über die am 15. und 16. Februar in Leipzig stattgefundenen Lohnverhandlungen. Bei diesen Verhandlungen ist es zu einem Lohnprovisorium gekommen, das bis Mitte März gelten soll, dann werden neue Verhandlungen stattfinden, die gleichzeitig bezüglich der Ortszuschläge eine Neuregelung bringen sollen.

Es erhalten auf die bisherigen Löhne die Facharbeiter 0,75 bis 1,25 ℳ, die Hilfsarbeiter 0,65 bis 1,15 ℳ. Arbeiterinnen 40 bis 55 ₰ pro Stunde, hinzu kommen dann noch 20 % Ortszuschlag.

Die Versammlung brachte in erregter Aussprache ihren Unwillen über das Angebot der Fabrikanten zum Ausdruck und erhob schärfsten Protest gegen derartige Entlohnung. Die Betriebe werden in Betriebsversammlungen zu den im März stattfindenden Verhandlungen Stellung nehmen und dann der Verbandsleitung Anträge unterbreiten.

Eine versuchte „Ehrenrettung" der Konditorei H. Giese Nachflg., Hamburg, Großer Burstah 48/50.

Der sonst von obiger Firma nicht beachtete Betriebsrat ist nach dem Streik im Konditoreigewerbe zu einer Erklärung veranlaßt worden, die in der bürgerlichen Presse als Inserat erschien und außerdem im Lokal in recht aufdringlicher Weise ausliegt. Wir beneiden den Betriebsrat nicht um diese Erklärung. Das Publikum wird aus dem Nachstehenden zur Genüge erkennen, in welchem Zusammenhang man derartige Erklärungen zu bewerten hat. Seit 1919 bemüht sich die zuständige Organisation der Arbeitnehmer, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Angestellten der Firma Giese zu regeln, weil diese sehr willkürlich und eigensüchtig von dem Inhaber festgesetzt wurden. Die Gruppe der Servierfräulein war anläßlich der Tarifregelung im Gast- und Schankgewerbe im Mai 1919 einmal nahe daran, in den Genuß geregelter Verhältnisse zu kommen. Was tat der Inhaber? Er trat schnell aus dem Verein der Cafebesitzer aus, überließ die Tarifregelung den übrigen Cafébesitzern und drückte sich so, wenig nobel, um eine allgemeine Verpflichtung. Die Servierfräulein hatten mit dieser „Pfiffigkeit" ihres Chefs nicht gerechnet und hatten das Nachsehen. Im November 1919 wurde dann den Servierfräulein unter Androhung der Entlassung eine fünfprozentige Entlohnung vom Umsatz aufgezwungen, dergestalt, daß die jungen Mädchen den Aufschlag von 5 % selbst von den Gästen erheben mußten. (Siehe derzeitige Preisliste.) Diese Form der Entlohnung brachte den Mädchen viel Aerger und Verdruß, weil sich viele Gäste dagegen auflehnten. In dieser Angelegenheit wurde der Schlichtungsausschuß angerufen. Dieser entschied sich für eine feste Entlohnung. In derselben Sitzung wurde die Entlassung eines Servierfräuleins als unberechtigt erklärt; sie hatte als Mitglied des Betriebsrates mutig die Unterschrift verweigert und wurde brutal entlassen. Die Firma mußte bei den Verhandlungen dem Mädchen das beste Zeugnis ausstellen, auch der Mut des Mädchens wurde anerkannt. Trotzdem sich auch der Demobilmachungs-

Hamburger Börse am 23. Februar.

Bei ruhigem Geschäft nahm der Devisenmarkt eine schwache Haltung an. Vorbörslich hörte man bereits für Holland 8350, England 957 und New York 217. Eine große Zurückhaltung trat ein. Die Börse selbst brachte dann eine weitere, wenn auch nur kleine Abschwächung. Bemerkenswert ist, daß der Kurs für Deutsch-Oesterreich in letzten Tagen ebenfalls fiel. 100 Kronen konnte man heute zu 5 ℳ und darunter haben.

Hamburger amtliche Notierungen: Holland 8297½ (am Mittwoch 8410) — England 956 (961) — New York 215¾ (217) — Dänemark 4540 (4530) — Frankreich 1975 (1982½).